

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865**

23.2.1865 (No. 46)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 23. Februar.

N. 46.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 kr. u. 2 fl. 2 kr.  
Einkaufungsgebühr: die gepaltene Papiertüte oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

## Telegramm.

† **Neu-York**, 11. Febr. Lincoln und Davis haben Berichte über die Friedenskonferenz bei Fort Monroe veröffentlicht. Aus beiden geht hervor, daß Lincoln unbedingt Unterwerfung des Südens forderte. Grant's linker Flügel wurde theilweise zurückgeworfen. Gerichte wollen wissen, daß Charleston geräumt und Branchville genommen sei. Man versichert, die Kavallerie des Generals Thomas marschire auf Mobile.

Gold 204 $\frac{1}{2}$ , Wechsel 226 $\frac{1}{2}$ , Bonds 110, Baumwolle 86.  
Abends, 10 Uhr. Gold 205 $\frac{1}{2}$ , Bonds 109 $\frac{1}{2}$ .

## Deutschland.

**Karlsruhe**, 22. Febr. Seine Königliche Hoheit Prinz Alfred von Großbritannien ist heute Nachmittag 2 Uhr 3 Min., von Bonn kommend, zum Besuch der Großherzoglichen Familie dahier eingetroffen.

**Karlsruhe**, 22. Febr. Die Maßlosigkeit der Blätter, welche der extremen Partei, die sich als die wirklich katholische zu bezeichnen beliebt, zu Willen sind, konnten von der großh. Regierung bisher unbeachtet gelassen werden.

Es war derselben allzu werthvoll erschienen, dem badiſchen Volk das kostbare politische Gut einer völlig unbeschränkten Pressfreiheit zu bewahren. In dem Streben, zu dem Gebrauch dieser Freiheit zu erziehen, hat sie die ausgedehnteste Duldung auch da geübt, wo sie die Tendenzen nicht mißkennen konnte, die sich kundgaben.

Die Motive dieser Nachsicht sind mißdeutet worden.

Die großh. Regierung bedauert, daß die leidenschaftliche Verirrung einer gegen die freigeistliche Entwicklung des Landes feindlichen Partei zu den Uebeln, welche sie derselben bereits bereitet hat, auch die Veranlassung zu einer gerichtlichen Verfolgung von Preßauschreitungen gegeben hat.

Die Pflicht zu rücksichtslosem Einschreiten ergab sich mit dem Augenblick, in welchem die Bestrebungen dieser Partei sich auf Ziele richteten, welche mit jeder Staatsordnung unvereinbar sind, und sowie deren Organe sich nicht scheuten, zu aufreizender Entstellung der Absichten der Regierung auch noch unwürdige Angriffe gegen die allerhöchste Person des Landesherren selbst hinzuzufügen.

Je mehr die Regierung die volle Freiheit der Presse will, um so nachdrücklicher wird sie fortan strafen müssen, wo die Schranken mißachtet werden, ohne welche keine Freiheit besteht.

**Kaiserlautern**, 16. Febr. (Schw. M.) Am 13. I. M. hat das königliche Appellationsgericht der Pfalz ein Urtheil erlassen, wodurch den Gerichten alle und jede Kompetenz zur Schlichtung von Streitigkeiten wegen religiöser Erziehung von Kindern aus gemischten Ehen abgesprochen wird, selbst wenn Verträge oder sonstige Rechtstitel bestehen.

**Stuttgart**, 21. Febr. In der Ersten Kammer wurde heute dem neuen Pensionsgesetz, so wie es aus der Berathung der Zweiten Kammer hervorgegangen, einstimmig zugestimmt, so daß dasselbe nach erlangter Sanction des Königs Gesetzeskraft erlangen kann. — In der Zweiten Kammer beantwortete heute der Minister des Innern, v. Gessler, die Interpellation des Abg. Goltzer wegen Abschließung eines Niederlassungsvertrags mit der Schweiz dahin, daß er schon im November v. J. an den Hrn. Mini-

ster des Auswärtigen den Antrag hiezu gestellt habe. Am 30. Nov. v. J. habe Johann Se. Maj. der König die Ermächtigung zu Anknüpfung diesfälliger Verhandlungen erteilt, die dann auch im Dezember eröffnet wurden. Man habe sich darüber verständigt, den badiſchen Vertrag mit der Schweiz im gleichen Betreff zur Grundlage zu nehmen. Am 1. März werden Bevollmächtigte der Schweiz zur Unterhandlung eines Handelsvertrags hier eintreffen, und auch für diese Frage bevollmächtigt sein, wo alsdann die Sache weiter werde verhandelt werden.

In fortgesetzter Berathung des Etats des Ministeriums des Innern wurden verwilligt: Für Gefangenentransport jährlich 30,000 fl., für die polizeilichen Beschäftigungsanstalten in Baihingen und Rottenburg jährlich 9000 fl., Medizinalpolizei, Staats-Irrenanstalten zu Winnenthal und Zwielfalten für 3 Jahre 94,873 fl., Privat-Irrenanstalten jährlich 15,000 fl., Epidemie- und Epizootiekosten jährlich 10,000 fl., für die Hebammenchule in Stuttgart jährlich 12,000 fl., für orthopädische Heilanstalten jährlich 1200 fl., Landwirtschaft. Ordentlicher Aufwand der Zentralstelle für die Landwirtschaft jährlich 6789 fl. 45 kr. (zu Bauten), Prämien für vorzügliche Privat-Zuchtpferde jährlich 1950 fl.; Gewerbe und Handel, ordentliche Erzigung jährlich 63,000 fl., außerordentliche Erzigung für Beschickung der Ausstellungen zu Wien 1866, zu Paris 1867, und zu Veranstaltung einer württembergischen Landes-Industrienausstellung 30,000 fl. Bedarf der Straßenbau-Verwaltung für 1864/67 im Ganzen 2,051,298 fl. 57 kr. Der Hr. Minister stellt eine Nacherzigung von 350,000 fl. in Aussicht. Die Kammer beschließt ferner, den Straßenthurmen eine Zulage gewähren zu wollen, wenn die Regierung hierfür eine Erzigung einbringe. Neckarschiffahrt auf 3 Jahre 42,300 fl. Flußbau jährlich 40,000 fl. Zur Beförderung von Schießübungen und Schützengesellschaften jährlich 2000 fl.

**Koburg**, 18. Febr. (Epz. Btg.) Heute ist der Geh. Staatsrath v. Schwendler in sein Amt allhier eingewiesen worden, nachdem er schon vor einigen Tagen vor dem Herzog zu Gotha verpflichtet worden.

**Aus Mecklenburg**, 19. Febr. Wie bereits erwähnt, hatten vor einiger Zeit etwa 200 Maurer- und Zimmergelehen eine Petition um Einführung der Gewerbesteuer an das Staatsministerium gerichtet, als deren Verfasser sich Bau Rath Schlemmer, ein hochgeachteter und unter dem Handwerkerstand großes Vertrauen genießender Beamter, bekannte. Die Petition ist jetzt vom Staatsministerium abgeschlagen worden.

**Berlin**, 20. Febr. (Fr. Z.) In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten wurde, nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten, in der Berathung des Gesetzentwurfs über die Errichtung von Gebäuden in der Nähe der auf dem linken Rheinufer der Rheinprovinz gelegenen Waldungen fortgefahren.

Die Regierungsvorlage will die gegen die Errichtung von Gebäuden in der Nähe von Waldungen auf dem linken Rheinufer in der Rheinprovinz bestehenden, gar zu weit gehenden Beschränkungen für die Zukunft beseitigen, daß in der Umgebung von Waldungen, welche eine zusammenhängende, mindestens 500 Morgen enthaltende und dem

Staate, den Gemeinden oder öffentlichen Anstalten gehörige Waldfläche bilden, die Errichtung neuer Gebäude, wenn das betreffende Gebäude 60 Ruthen oder weniger vom Waldrande entfernt liegt, beziehungsweise zu liegen kommt, nur nach vorgängiger Genehmigung des Plenums der Bezirksregierung vollzogen werden dürfen, welche zuvor darüber sowohl den Bauherren als den Waldeigentümern hören muß. Die Kommission will die Errichtung von Gebäuden in der Nähe von Waldungen überhaupt gar keiner Beschränkung mehr unterworfen wissen und schlägt in diesem Sinn einen Gesetzentwurf behufs Aufhebung aller im gegenwärtigen Sinn etwa noch bestehenden Bestimmungen vor. Die Regierung erklärt sich gegen diesen Antrag; werde derselbe angenommen, so werde es einfach bei den alten Bestimmungen bleiben. Die Erhaltung eines Schutzbereichs um die Wälder sei in jenen Landestheilen durchaus unerlässlich, sowohl aus forstwirtschaftlichen, als auch aus landespolizeilichen Gründen. Ein Amendement der Abgeordneten v. Ernschhausen und v. d. Heydt hält einen Schutzbereich von nur 20 Ruthen für genügend, und wünscht außerdem, daß das Gesetz nicht bloß für die betreffenden Landestheile auf der linken Rheinseite der Rheinprovinz, sondern für den ganzen Bezirk des Appellations-Gerichtshofes zu Köln erlassen werde. Dies beantragt auch ein Amendement des Abg. Reichensperger, welches außerdem aber auch noch verlangt, daß in dem § 1 des Gesetzes anstatt: „500 Morgen“ gesetzt werde: „500 Morgen“. Der Finanzminister spricht sich Namens der Staatsregierung dahin aus, daß auf eine Verminderung des Schutzbereichs auf 20 Ruthen Breite nicht eingegangen werden könne; mit den beiden andern Punkten sei die Regierung dagegen einverstanden. Abg. Reichensperger zieht sein Amendement zurück, während Abg. Dr. Lette beantragt, daß statt „500 Morgen“ gesetzt werde: „1000 Morgen“. Das Haus tritt dem und dem v. Ernschhausen'schen Antrag bei. Die Abstimmung ist jedoch nur eine eventuelle, und es erfolgt bei der schließlich definitiven Abstimmung die Annahme des Kommissionsantrags.

Die Kommission für Handel und Gewerbe stellt den Antrag:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: der k. Staatsregierung die vollständige Durchführung doppelter Bahngelise auf allen, große Verkehrslinien bildenden Staats-Eisenbahnen, sowie die Verlegung der Verbindungsbahn in Berlin nach dem jetzigen Umfang der Stadt hin zu empfehlen, im Uebrigen aber die von dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vorgelegte Uebersicht über den Fortgang des Baues, bezw. die Ergebnisse des Betriebs der preussischen Staats-Eisenbahnen im Jahr 1863, unter Anerkennung der gewonnenen Resultate, für erledigt zu erachten.

Abg. Graf Schwerin hat den Antrag eingebracht, die Berathung über die Eisenbahn-Vorlagen auf 14 Tage auszusetzen. Das Haus nimmt den Antrag an.

\* **Berlin**, 21. Febr. Der König leidet an einer Unpäßlichkeit, die übrigens nichts Beunruhigendes hat. Se. Maj. ist von einem leichten Schnupfen ergriffen, der zwar einige Vorsicht gebietet und den König hindert, das Haus zu verlassen, ihn jedoch nicht abhalten kann, im Palais den Regierungsgeschäften obzuliegen. — Das Unwohlsein des Grafen Gulemburg hat sich in so fern aufs neue gesteigert, als derselbe wahrscheinlich während dieser Woche gehindert sein wird, den Sitzungen des Abgeordnetenhauses beizuwohnen.

Die „Zeitung“ schreibt heute:

Die preussische Depeſche, in welcher die Regierung ihren Anschauungen über die künftigen Leistungen der Herzogthümer eine genauere Formulierung gibt, liegt noch im Kabinett, wird jedoch binnen kurzer Frist nach Wien abgehen. Wie wir schon oft in der Lage

## \*Ks. Die Geisterkutschche.

(Fortsetzung aus Nr. 33.)

Er sprach mit Bitterkeit und, nachdem er so sich ausgesprochen hatte, verfiel er einige Minuten wieder in Schweigen. Dann erhob er das Haupt aus den Händen und legte mit veränderter Stimme und Art hinzu:

„Ich, Herr, gönnte mir Ueberlegung, forschte, glaubte, und schämte mich nicht, meine Ueberzeugungen der Welt auszusagen. Auch mich brandmarkt man als einen Phantasten, stelle mich meinen Zeitgenossen zum Lachen hin, und vertrieb mich mit Gespöche aus dem Feld der Wissenschaft, auf dem ich mit Ehren während der letzten Jahre meines Lebens unermüdet gearbeitet hatte. Das Alles geschah vor dreißig Jahren. Seitdem habe ich gelebt, wie Sie mich jetzt leben sehen, und die Welt hat mich vergessen, wie ich sie. Da haben Sie meine Geschichte.“

„Es ist eine recht traurige“, murmelte ich, um eine passende Antwort zu verlegen.

„Es ist eine recht gewöhnliche“, erwiderte er. „Ich habe nur für die Wahrheit gelitten, wie schon mancher bessere und weisere Mann vor mir.“

Er stand auf, als wüßte er dem Gespräch ein Ende zu machen, und trat an's Fenster.

„Das Schöne hat aufgehört“, bemerkte er, wie er den Vorhang fallen ließ, und kam wieder zum Kamin.

„Aufgehört!“ rief ich, eifrig aufspringend. „Oh, wenn es nur möglich wäre — Doch nein! es ist keine Hoffnung. . . Selbst wenn ich meinen Weg über's Moor finden könnte, so vermöchte ich doch zehn Stunden heute Nacht nicht zu gehen.“

„Zehn Stunden heute Nacht gehen!“ wiederholte mein Wirth. „Wo denken Sie hin?“

„An meine Frau“, versetzte ich, ungeduldig. „An meine junge Frau,

die nicht weiß, daß ich mich verirrt habe, und die sich in diesem Augenblick zu Tod ängstigt.“

„Wo ist sie?“

„In Dwoolding, zehn Stunden weit.“

„In Dwoolding“, wiederholte er, nachsinnend. „Ja, die Entfernung beträgt zehn Wegstunden; doch — liegt Ihnen denn so sehr viel daran, die nächsten sechs oder acht Stunden zu gewinnen?“

„So viel, so viel, daß ich in dem Augenblick zehn Guineen für einen Führer und ein Pferd gäbe.“

„Ihr Wunsch kann wohlfeiler befriedigt werden“, sagte er, lächelnd.

„Die Nacht-Postkutschche, die in Dwoolding Pferde wechselt, kommt dreißigmal Wegstunden von hier vorbei und trifft an einer gewissen Straßenkreuzung in etwa fünfviertel-Stunden ein. Siehe Jakob mit Ihnen über das Moor und brächte sie auf die alte Poststraße, so fänden Sie wohl ihren Weg dorthin, wo sie in die neue einläuft?“

„Leicht — gern.“

Er lächelte abermals, schellte, gab dem alten Diener seine Weisungen, holte eine Flasche Whisky und ein Weinglas aus dem Schrank, in welchem er seine Chemikalien aufbewahrte, und sagte:

„Der Schnee liegt tief, und das Sehen über das Moor heut' Nacht wird ein schweres Stück Arbeit sein. Ein Glas Nochebaugh, \*) ehe Sie aufbrechen?“

Ich hätte das geistliche Getränk gern abgelehnt, er drang es mir aber auf, und ich trank es. Es ließ mir die Kehle wie flüssiges Feuer hinab und benahm mir fast den Athem.

„Er ist hart“, sagte er, „er wird Sie aber vor der Kälte warm halten helfen. Und nun haben Sie keine Sekunden übrig. Gute Nacht, denn!“

\*) Bekanntlich ein Korn- oder Gerstenbranntwein in (Nord-) England, Schottland und Irland: Der gälische Name (= „scharfes Wasser“) Englisch in Whisky verfaßt. D. Eins.

Ich dankte ihm für seine gastfreie Aufnahme, und hätte ihm die Hand gedrückt, allein er hatte sich fortgewendet, ehe ich meinen Satz ausreden konnte. In der nächsten Minute hatte ich den Borraum durchschritten, Jakob die äußere Thür hinter mir geschlossen, und hinaus ging's auf das weite weiße Moor.

Obwohl der Wind sich gelegt hatte, war es doch noch bitter kalt. Nicht ein Stern glimmerte im schwarzen Himmelsgewölbe droben. Nicht ein Laut, außer dem raschen Knirschen des Schnees unter unseren Füßen, störte die schwere Stille der Nacht. Jakob, der an seiner Sendung nicht sonderlich Gefallen fand, schlenkerte in verdrießlichem Schweigen vor mir her, die Laterne in der Hand, und seinen Schatten sich zu Füßen. Ich folgte ihm, mein Gewehr über der Achsel, und so wenig zu einer Unterhaltung geneigt, wie er. Mein gewesener Wirth gab mir vollauf zu denken. Seine Stimme klang mir noch in den Ohren. Seine Veredsamkeit hielt noch meine Einbildungskraft gefesselt. Bis auf den heutigen Tag erinnere ich mich mit Verwunderung, wie mein über-aufgeregtes Gehirn ganze Sätze und Theile von Sätzen, Scharen glänzender Bilder, und Bruchstücke einer herrlichen Gedankenentwicklung ganz in denselben Worten behielt, in denen er sie ausgesprochen hatte. So über das Gehörte nachsinnend und da und dort ein verlorenes Verbindungsglied mir zurückzurufen bemüht, schritt ich dicht hinter meinem Führer her, vertieft und ohne äußere Acht. Da — am Ende, wie mir dämmerte, nur weniger Minuten — blieb er mit den Worten plötzlich stehen:

„Dort geht Ihre Straße. Halten Sie sich immer an der Steineinfassung rechts, und Sie können den Weg nicht fehlen.“

„Das, also, ist die alte Postkutschchenstraße?“

„Ja, 's ist die alte Postkutschchenstraße.“

„Und wie weit habe ich zu gehen, bis ich an die Straßenkreuzung komme?“

„Nahzu anderthalb Stunden.“

Ich zog meine Börse, und er wurde mittheilamer. (Fortf. folgt.)

gewesen sind, für die Aufrichtigkeit der freundschaftlichen Gesinnungen Oesterreichs Belege beizubringen, so können wir auch jetzt berichten, daß der allierte Kaiser auf Grund einer nach Wien gemeldeten vorläufigen Analyse des Inhalts jener Depesche in bestimmter Weise erklärt hat: Der Standpunkt Preußens in jener Sache sei schon um deswillen ein gerechter, weil Dasjenige, was Preußen bezweckt, zugleich der Erhöhung des deutschen Ansehens zu Gute komme.

**Berlin, 21. Febr.** Vergebens war hier eine sehr gespannte Erwartung auf die zum nächsten Mittwoch in Aussicht gestellten Verhandlungen des Abgeordnetenhauses gerichtet. Die auf Antrag des Abg. Grafen Schwerin in der gestrigen Sitzung des Hauses beschlossene Verschiebung der Plenarberatungen über die Eisenbahn-Vorlagen auf vierzehn Tage soll durch ein Abkommen zwischen den Mehrheitsfraktionen herbeigeführt worden sein. Ueber die Behandlung der Sache selbst sind diese Fraktionen bis jetzt weder in sich noch unter sich einig. Namentlich ist es der vom Abg. Michaelis und 65 andern Genossen der Fortschrittspartei eingebrachte präjudizielle Antrag, welcher große Meinungsverschiedenheiten hervorruft. Bis jetzt soll keineswegs die Gesamtheit der Fortschrittspartei mit diesem Antrag einverstanden sein. Eben so wenig ist es bereits gelungen, das linke Zentrum des Hauses für denselben zu gewinnen. In dieser Fraktion besteht nach wie vor der Wunsch, die Beratung der Eisenbahn-Vorlagen möglichst bis nach Erstattung des Generalberichts der Budgetkommission hinauszuschieben.

Wir waren irrig berichtet, als wir meldeten, die Forderungen in Bezug auf das künftige Verhältnis der Elberzogthümer zu Preußen seien am Freitag von hier nach Wien abgegangen. Dies wird erst in einigen Tagen geschehen. Außer den schon erwähnten Punkten sollen in den diesseitigen Aufstellungen auch Ansprüche in Betreff der Leitung des Schleswig-holsteinischen Postwesens enthalten sein. — Unter den zahlreichen früheren Offizieren des Garde-Kürassier, bezw. des 1. Garde-Drägerregiments, welche zu den heutigen Jubelfesten dieser Regimenter hieher gekommen sind, befindet sich der diesseitige Gesandte an k. hannoverschen Hofe, Prinz zu Hohenburg und Büdingen, Oberst à la suite des 1. Garde-Drägerregiments. Sr. Maj. der König hatte zum heutigen an beide Regimenter Glückwunsch-Schreiben gerichtet, welche beim Appell vor versammelter Mannschaft von den Regimentskommandeuren vorgelesen wurden. Heute Mittag empfing Höfchbergselbe in Gegenwart des kommandirenden Generals des Gardekorps, Prinzen August von Württemberg, und des Stabkommandanten Deputationen beider Regimenter.

**Berlin, 21. Febr.** In einem Leitartikel resumirt die „Nordd. Allg. Ztg.“ die Stellung Preußens gegenüber den Versuchen der österreichischen und der mittelstaatlichen Presse, eine bundestägliche Anerkennung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein zu erwirken, dahin: Ein Bundestags-Beschluß, welcher dem Erbprinzen von Augustenburg Rechte verleihe und der Krone Preußen ihre Ansprüche aberkennen würde, wäre eine Verletzung auf die Gewalt. Ob Preußen einem Beschluß auf Anerkennung des Augustenburger, sowie auf Zulassung eines Gesandten desselben am Bundestag entsprechen würde, wissen wir nicht; wir zweifeln jedoch nicht daran, daß Preußen Beschlüssen von beschnittener Kompetenz gegenüber die Herzogthümer nicht räumen würde. Die Lösung der Schleswig-holsteinischen Frage kann dem Erbprinzen Friedrich nur auf dem Wege der Verständigung mit den deutschen Großmächten gelingen; jeder Versuch, die Verhandlungen dieser Besitz der Herzogthümer in das Bundesverfahren zu ziehen, könnte nur zur Verschleppung der Frage führen.

**Wien, 20. Febr.** Es mag dahingestellt bleiben, ob von Seiten Englands wirklich in neuester Zeit in Berlin Nichts geschehen ist, um sich in mehr oder weniger einbringlicher Weise im voraus gegen die Weiterführung gewisser preussischer Tendenzen im Norden der Elbe auszusprechen; in Berlin stellt man es in Abrede. Aber um so sicherer ist es, daß das englische Cabinet, wenn auch nicht in der feierlichen Form einer Depesche, sich über die schließlichen Ziel-punkte Preußens und deren etwaige Chancen hier in Wien zu informieren versucht, und daß man hier nicht geizig hat, zu erklären, daß Oesterreich seinen bisherigen Standpunkt festgehalten habe und festhalten werde, und daß es keine andere Lösung suche oder zulasse, als eine solche, welche den deutschen Interessen nach den Satzungen des Bundesrechts konform sei.

**Wien, 21. Febr.** (W. L. B.) In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde der Staatsvoranschlag für 1866 auf Antrag Tink's dem Finanzausschuß für das Budget von 1865 zur Berichterstattung über die Frage: wann und in welcher Weise die Behandlung des Staatsvoranschlags (1866) vorzunehmen sei, — überwiesen. Der Abg. v. Bruns beantragt: den Finanzausschuß aufzufordern, zu berichten, ob und in wie weit mit Rücksicht auf die Erklärung des Finanzministers bei Vorlage des Voranschlags die Feststellung der Bifferanzsäge für 1865 und 1866 ausnahmsweise in einer von der bisherigen abweichenden Form im Weg der Vereinbarung mit der Regierung vorzunehmen wäre. Letzterer Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen. Die übrigen in der letzten Sitzung eingebrachten Finanzvorlagen werden an die Ausschüsse verwiesen. Nächste Sitzung Donnerstag.

**Wien, 21. Febr.** (W. L. B.) Der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, vom Budget der Kriegsmarine 2,390,000 fl. abzustreichen.

#### Oesterreichische Monarchie.

**Verona, 7. Febr.** Unter diesem Datum hat Feldzeugmeister Ritter v. Benedek einen Armeebefehl erlassen, welchem wir nach dem „Dresden. Journ.“ folgende Stelle entnehmen:

Ein besonderes Augenmerk verdient die Bekräftigung der deutschen

Sprache in den Truppen, und namentlich unter den Chargen. Es darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die deutsche Sprache die allerhöchste sanktionirte Dienstsprache in unserer Armee, und daher in sprachlicher Beziehung die Vermittlerin zwischen den verschiedenen, im österreichischen Heer vertretenen Nationalitäten ist. Die mögliche Aneignung der Dienstsprache ist somit als eine Pflicht aufzufassen, und müssen die H. H. Truppentommandanten und Offiziere mit richtigem Takt dahin wirken, daß die Chargen und Chargenschüler allmählig so weit gelangen, die Armeesprache zu verstehen und sich in derselben verständlich zu machen. Ueberhaupt aber wünsche ich das allgemeine Streben nach Bildung in jeder Hinsicht angeregt und gepflegt zu sehen, von der Bildung in Lebensart und Sitte angefangen bis zu jener in den Geschicklichkeiten, Kenntnissen und Wissenschaften, die unser Ehrenstand speziell bebar, und die namentlich dem Offizier in jeder Lage des Lebens zum Vortheil und zur Auszeichnung gereichen. Daraus bitte ich somit die H. H. Generale und Truppentommandanten insbesondere einwirken zu wollen, und empfehle, daß sie diesfalls zumal die jüngeren H. H. Offiziere an sich zu ziehen, und mehr ihr persönliches Beispiel, ihren unmittelbaren Einfluß wirksam zu machen trachten, als etwa bloß theoretische Anweisungen und Belehrungen. Diejenigen H. H. Offiziere aber, die sich ihre Ausbildung besonders angelegen sein lassen, sind mir bei Einbringung der jährlichen Truppenrelationen separat namhaft zu machen, und ich werde es jedem Vorgesetzten zum aus- zeichnenden Verdienst anrechnen, die Betreffenden selbst Sr. Maj. dem Kaiser nennen, die diesfalls vor Allem den ritterlichen Geist pflegen, den höheren Wertheifer, die Erziehung edlerer Charaktere anregen, und die Bildung in jeder Hinsicht mit Erfolg anbahnen und durchführen werden.

#### Italien.

**Turin, 18. Febr.** (Köln. Ztg.) Der Senat zeigt sich geneigt, den Turinern die Genugthuung zu geben und die von der Deputirtenkammer verweigerten Debatten über die Ereignisse vom 30. Jan. aufzunehmen. Die Regierung thut, was sie kann, um dies zu verhindern; es will ihr aber nicht gelingen. Der König wird durch diesen Schritt der Senatoren nicht angenehm überrascht sein. — Die Auflösung der Kammer ist nun, nachdem die Verhandlungen über die legislative Einigung einen so raschen Fortgang nehmen, fest beschlossen. — In politischen Kreisen wird viel von Frau Rattazzi und dem Skandal gesprochen, den sie durch ihr Buch in Paris erregt hat, noch ehe dieses erschienen ist. Hr. Schneider, der Vizepräsident des Gesetzgeb. Körpers, hat beim Kaiser das Verbot des Buches durchgesetzt, dem die Entziehung der Pension gefolgt ist, da diese Klage um so mehr Eindruck auf den Kaiser gemacht hat, als Schneider es war, welcher früher der erfolgreiche Fürsprecher dieser Dame beim Kaiser gewesen und die Rückgabe der schon einmal verweigerten Pension bewerkstelligt hatte. [Hr. „Railleur“, der Held des unsauberen Machwerks der Frau Rattazzi-Solms, ist kein Anderer, als der durch Uebersetzung des Wortes ins Deutsche leicht erkennbare vormalige Fürsprecher dieser Dame.]

#### Frankreich.

**Paris, 21. Febr.** Wie bereits bemerkt, haben die Oppositionsmitglieder eine Kommission niedergesetzt, um die Amendements zur Adresse zu redigiren. Außerdem wurde in der letzten Versammlung bei Hr. Marie beschlossen, die auswärtige Politik möglichst bei Seite zu lassen, um sämtliche Kräfte auf die innern Angelegenheiten zu konzentriren. Dieser Beschluß veranlaßte das ganz unbegründete Gerücht, daß Hr. Thiers (welcher nebst Ferryer der Versammlung beivohnte) darauf verzichtet habe, über die September-Konvention zu sprechen. — Der Zustand des Hrn. v. Morin hat sich eher verschlimmert, als gebessert, und man hofft kaum mehr, daß er die Abrededebatten wird leiten können. — Im Konferenzsaal des Palais Bourbon wird die Nothwendigkeit von Subgeterparnissen lebhaft erörtert; Viele der Abgeordneten erklären, ihren Kommittenten desfallige Zusagen gemacht zu haben und die erledigten Reduktionen seien weitaus unzureichend. — Die von der Regierung für 1865 verlangten Supplementarkredite belaufen sich auf 75 Millionen.

Hr. Cambido Juatico, bevollmächtigter Minister der Republik Uruguay, der den Auftrag hat, die Intervention Napoleons III. in dem Konflikt mit Brasilien nachzugehen, ist, von 2 Gesandtschaftsattachés und einem Sekretär begleitet, gestern in Paris eingetroffen. Dem Vernehmen nach hat die französische Regierung der italienischen wissen lassen, daß sie den 6. Februar, Tag der Abreise V. Emanuel's nach Florenz, als Ausgangspunkt der zweijährigen Frist für die Räumung Roms festgesetzt habe. — Heute, 21., gibt der König seinen ersten Ball im Pallast Pitti. Die nächste Woche wird Sr. Majestät in Mailand zubringen und dann auf wenige Tage nach Turin kommen. — Die Antwort des Kardinals Antonelli auf die Depesche des Hrn. Drouin de Lhuys, Mgr. Chigi betr., ist eingetroffen. Die „Patrie“ erfährt, daß diese Depesche der Regierung des Kaisers alle Genugthuung gewährt, welche man vom römischen Hofe zu erwarten berechtigt war. — Der Kaiser hat den Erzbischof von Paris für sein Hirtenschreiben über die Encyclica beglückwünscht. — Der Sohn des Vizepräsidenten Schneider beabsichtigt gegen Frau Rattazzi (Solms) wegen des ehrenrührigen Romans „Un mariage de Créole“ einen Prozeß anhängig zu machen.

Die Börse war sehr flau. Rente wich auf 67.25, ital. Anl. fiel bis auf 64.80, — man spricht fortwährend von einer neuen ital. Anleihe für nächsten Monat, und von Absendung von Verstärkungen nach Mexiko. Credit-Mob. bleibt 935 mit abermals 30 fr. Baiffe.

#### Spanien.

**Madrid, 18. Febr.** In der gestrigen Sitzung der Deputirtenkammer kam es zu einem ziemlich heftigen Austritt zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Hrn. Campoamor, der mit Bitterkeit die ministerielle Politik und besonders das „schmälliche Aufgeben St. Domingo's“ tadelt.

Man spricht hier von Tapferkeit — rief Marschall Narvaez aus — man spricht von der Würde Spaniens, man spricht von der Ehre der Fahne, und ich, ich sage, daß der Mann, welcher es verstanden hat,

die Ehre der Fahne so hoch zu halten, als irgend Jemand in Spanien, wie ich es gethan, auf diese Tribüne treten kann, um da zu sagen, was sich für die Nation und den Staat schickt. Die Tapferkeit besteht nicht darin, im Kongreß Worte zum Besten zu geben, welche die Verehrsamkeit oder Improvisation irgend Jemanden eingegeben, der gern widerhallende Worte zu hören geben mag. Es ist sehr leicht, hier von Tapferkeit, von Ehre, von der Fahne und von der Würde Spaniens zu sprechen; was minder leicht ist, ist davon abzuliegen, ist diese Tapferkeit zu zeigen, wie ich es ebedem gethan habe. Ich will Hrn. Campoamor fragen, wie man spanische Tapferkeit zeigt. Bei der Affaire von Arlaban, wo sich die vier Armeen der vier Nationen befanden, die am Vertrag der Quadrupelallianz Theil genommen hatten, wurde mir befohlen, mit zwei französischen Bataillonen und zwei Bataillonen des Regiments „Prinzessin“ das Feuer zu eröffnen im Augenblick, als die ganze karlistische Armee sich in Schloßordnung aufstellte. Ich ließ die beiden französischen Bataillone besetzen, ich ließ sie halt machen mit geschultertem Gewehr, und ich wandte mich an General Conrad, der sie kommandirte, und sagte ihm: Ich will Ihnen zeigen, daß wir Spanier, um unsere Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen, keiner andern als spanischer Waffen bedürfen. Und darauf griff ich unter den Augen der Franzosen die ganze karlistische Armee an; ich fiel verwundet und ohne Bewußtsein. Es gibt in diesen Räumen Personen, welche sich er- zürnen werden, mich so gesehen zu haben. (Sehr gut!) Und Männern, die solche Opfer und noch viele andere gebracht haben, will man einen zweideutigen Ausdruck vorwerfen. Was wollen Sie sagen? Sagen Sie etwa eine Feigheit voraus? — Feig ist derjenige, der sie begahnt hätte!

Hr. Campoamor verlangte, daß diese Worte des Ministerpräsidenten in das Protokoll mit aufgenommen werden sollten.

Der Kammerpräsident räumte allerdings das Recht hiezu ein, fragte aber dennoch den Ministerpräsidenten, ob er die so eben gesagten Worte aufrecht erhalte. Dieser sagte, daß, falls Hr. Campoamor den Gedanken des Wortes Feigheit gehabt habe, er bei seinen Worten bleibe, sie andernfalls aber zurücknehme. Hr. Campoamor sagte darauf: Ich appellire an das obere Herz des Hrn. Ministerpräsidenten, und ich frage ihn, die Hand aufs Herz, ob er mich feig halten könnte, an seinem Herzen zu zweifeln. Der Präsident erklärte durch diese Erklärung den Zwischenfall für beigelegt.

**Madrid, 20. Febr., Abends.** Marschall Narvaez theilte der Deputirtenkammer einen Gesekentwurf, das von der Königin Isabella beschlossene Aufgeben ihres Vermögens zum Vortheil des Staates betr., vor. Dies Projekt wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die Kammer ernannte eine Kommission, die der Königin danken sollte. Zahlreiche Abgeordnete haben sich der Deputation angeschlossen, welche heute Abend um 6 Uhr empfangen wurde. Ihre Maj. sagte, daß, da sie sich als die Mutter der Spanier betrachte, sie die Erste sein wolle, sich für die Nation aufzuopfern.

#### Dänemark.

**Kopenhagen, 15. Febr.** (Nat.-Ztg.) Der Minister des Innern hat gestern dem Reichstags-Vollstehing einen Gesekentwurf vorgelegt, betreffend die Anlage einer Eisenbahn durch das südliche Jütland von der östlichen Eisenbahn-Station Bambrug nach der Ortschaft Strandby auf der Westküste, sowie betreffend die Anlage eines Hafens an dem letztern Orte. Die Baukosten werden zu 2,350,000 Thlr. dänisch oder zu 313,000 Thlr. pro Mille veranschlagt, und es heißt in den Motiven: „Mit dem Herzogthum Schleswig hat Dänemark das Verfügungsrecht über die für den dänischen Handel so wichtigen Wege durch dieses Herzogthum verloren, und die Regierung hat in Folge dessen sofort die Frage in Erwägung ziehen zu müssen geglaubt, ob nicht neue Wege zu eröffnen sein würden.“ Eine zweite Stelle lautet: „Sollte es gelingen, durch diese Anlagen einen direkten Handel zwischen Dänemark und den Nordsee-Ländern, namentlich mit England, herbeizuführen, so werden sie dem Land unbeschreibbare Vortheile bringen. Sollte es nicht gelingen, so werden sie wenigstens dazu beitragen, daß man, um nicht eine für die Interessirten Schleswigs bedenkliche Handelsverbindung zu veranlassen, von schleswig'scher Seite den Handelsverkehr mit Dänemark begünstigt.“ — Zu der morgen im Vollstehing des Reichsraths beginnenden zweiten Behandlung des Verfassungsentwurfs sind nicht weniger als 107 Änderungs- vor schläge gestellt worden, welche überwiegend die Zusammen- setzung des künftigen Landstehings, das Fortbestehen jährlicher Finanzperioden und Reichstags, und (im Sinn der Bauern- freunde) die sofortige Annullirung des Reichsraths zu Gun- stigen des dänischen Reichstags betreffen. — Die hiesige Dampf- schiffs-Expedition von Koch und Henserson wird im Lauf des nächsten Monats eine regelmäßige Dampfschiffahrt zwischen Korsör und Kiel in's Leben rufen, und zwar fünf- mal wöchentlich mit 3 Nacht- und 2 Tagestouren. Die ge- nannte Firma hat zu dem Zweck das große schnellsegelnde Dampf- schiff „Bleklinge“ angekauft, welches in Gemeinschaft mit dem früher zwischen Kopenhagen und Kiel fahrenden Schraubendampfer „Diana“ die Fahrten ausführen soll.

#### Großbritannien.

**London, 20. Febr.** Die brittischen Armeevorans- schläge für das kommende Finanzjahr belaufen sich auf 14,348,000 Pfd. St. Die Truppenzahl ist auf 141,518 Mann festgesetzt, wobei die in Ostindien dienenden und aus der indischen Einnahme besoldeten 71,050 Mann nicht mit- gerechnet sind. Die „Times“ findet diese Voranschläge mäßig. Eine Ersparniß von einer halben Million — sagt sie — wird vom ganzen Land als ein Schritt nach dem rech- ten Ziel begrüßt werden. Wir geben aber immer noch mehr aus, als selbst in den Jahren nach dem russischen Krieg. Im Jahr 1860 betrugen sie 17 Mill. Pfd. St., aber noch 1858 waren sie nicht höher als 12,819,000 Pfd. St. Etwas ist geschehen, aber es bleibt noch viel zu thun übrig, und man muß es bedauern, daß die unruhige Weltlage uns zwingt, so langsam auf dem Wege der Sparsamkeit fortzuschreiten. . . . In einer andern Stelle bemerkt die „Times“ Es leidet keinen Zweifel, daß die Theorie des großen Friedrieh über die Behandlung einer auf dem Friedensfuß stehenden Armee diejenige ist, die man in der Praxis stets befolgen sollte, —

eine kleine, aber vollkommen disziplinierte Armee, gestützt durch eine gute Verwaltung und einen reichen Vorrath der besten Kriegsmaterialien. Wenn wir in der schlimmsten Unglück hatten, so lag dies weniger an einem Mangel an Mannschafft, als an der gänzlichen Verderbtheit unserer Militärorganisation.

Der „Examiner“ baut, im Gegensatz zu vielen andern Blättern, große Hoffnungen auf Gutt's Sendung nach Wien. Erstens dürfe man nicht glauben, daß Hr. Gutt ohne alle Einladung von Seiten Oesterreichs abgehandelt worden sei. Zweitens habe die österreichische Regierung neuerdings gezeigt, daß sie den Werth des Freihandels-Systems zu schätzen wisse, und in Bezug auf die Interessen der Fluß-Schiffahrt sei sie stets aufgeklärt gewesen. Man werde in Oesterreich sich gewiß erinnern, daß die Befreiung der Elbe vom Stabzoll größtentheils den Anstrengungen Gutt's zu danken war. Wenn Hr. Gutt daher auch gewiß auf eine starke Opposition von Seiten der einflussreichen österreichischen Protectionisten stoßen werde, so leide es doch kaum einen Zweifel, daß seine Sendung nicht ganz fruchtlos bleiben werde.

### Amerika.

**Neu-York, 8. Febr.** (Per „Cuba“.) Der Abbruch der Unterhandlungen bei Monroe scheint das Signal zu erneuter Thätigkeit auf dem nördlichen Kriegsschauplatz gegeben zu haben. Am Morgen des 5. rückte das 5. Korps der Grant'schen Armee, Gregg's Kavallerie als Vorhut, nach der Station Reams vor, und erreichte, während die feindlichen Vorposten sich vor ihnen zurückzogen, um die Mittagsstunde den Rowanty-Creek, welchen es überbrückte. Ein Kavallerieregiment wurde nun abgeandt, um eine Verbindung mit dem 2. Korps herzustellen, welches, auf der Straße von Bangham bis zu Hatcher's Run vordrängte, das Flüßchen überschritten, die am andern Ufer gelegenen feindlichen Schützengräben mit nur geringem Verluste genommen, und die feindlichen Pickets vor sich hertreibend eine Meile weit westlich von dem Wasser Halt gemacht und eine starke Brustwehrlinie aufgeworfen hatte. Vor Hatcher's Run hatte sich jedoch schon eine Division abgezweigt und in nordwestlicher Richtung vorrückend den Feind in fester Stellung vorgefunden. Sie errichtete hier eine Linie von Erdwerken, auf welche die Südstaatlichen mehrere Angriffe machten, aber zurückgeschlagen wurden. Der Verlust der Bundesstruppen betrug etwa 100 Mann, doch hatten sie dem Feinde einen großen Provianttrain abgefangen. Eine allgemeine Schlacht wurde erwartet. Ein Korps der Thomas'schen Armee ist als Verstärkung zu Grant gestossen. — Bei Moorfield hat Sheridan's Kavallerie einer feindlichen Reiterabtheilung eine Niederlage beigebracht.

Ferry soll mit seinen Truppen den Cape-Fear-Fluß verlassen haben, um zu Sherman zu stoßen. In zwei Kolonnen gespalten setzt die Sherman'sche Armee ihren Marsch gegen Charleston und Branchville fort. Der linke Flügel unter Slocum, welcher 50 Meilen aufwärts den Savannah marschirt war, ging in nordöstlicher Richtung nach Branchville hin ab, während Sherman selbst am 25. Whippley Swamp überschritt und sich einer der über den Saltehatpiche führenden Brücken (etwa 30 Meilen von Branchville) versicherte. Howard nahm an dem Fluß auf der alten Unionroad eine verschanzte Stellung ein und schob seine Vorhut bis an den Combahee hinan, wo Hardee ihm entgegensteht. Am 30. kam Slocum bei Fisher's Ferry an und machte dasselbe zu seiner Operationsbasis. Auch auf der nach Augusta (wo Beauregard kommandirt) führenden Straße waren nordstaatliche Truppen erschienen. Außer der gegen Charleston operirenden Kolonne haben sich in der Nähe von Young's Island, 20 Meilen südöstlich von Charleston, Transportschiffe mit Truppen sehen lassen, und vor Whilesport lagen drei Dampfer, welche eine Landung drohten. Die Richmonder Blätter bringen wieder allerlei Erzählungen von der Verheerung, welche Sherman auf seinem Marsch anrichtete; Abtheilungen seiner Truppen hätten Macphersonville und Sillensville niedergebrannt. Aehnliche Berichte von Sherman's Zug durch Georgien reduzierten sich bekanntlich auf die Zerstörung von Arsenalen und Regierungsbepots.

Das Gros der Thomas'schen Infanterie soll den Tennessee hinab gefandt worden sein, um an andern Punkten aktive Operationen zu beginnen. Auch geht ein Gerücht, eine 40,000 Mann starke Kavallerieexpedition werde gegen Hood vorrücken, um den Rest seiner Armee zu vernichten, den Alabamafluß zu eröffnen, und Selma, Montgomery und schließlich Mobile zu nehmen. Die Truppenkörper von Missouri, Kansas und Arkansas sind vereinigt unter General Pope's Kommando gestellt worden, der sein Hauptquartier in St. Louis hat.

General Lee ist endlich vom Präsidenten Davis zum Oberbefehlshaber ernannt worden. Er hat einen Aufruf an das Volk der Südstaaten erlassen, dahin gehend, daß es Waffen und Montirungsgegenstände zur Ausrüstung eines neuen Kavalleriekörpers zusammenbringe. Südstaatliche Blätter sprechen von einer gehobenen und zuverlässigeren Stimmung, die jetzt im Volke wie in der Armee herrsche. Die „Newport World“ behauptet zu wissen, daß der Süden im Begriff stehe, seine militärische Politik zu ändern, und Richmond sowie Charleston zu räumen. Lee werde dann die Truppen von der Küste an sich ziehen und den Kampf im offenen Felde fortsetzen.

Die Staaten Pennsylvania, Missouri und Maine haben nun auch die Amendirung der Verfassung ratifizirt.

**Neu-York, 8. Febr.** Präsident Lincoln hat einen Bericht über die Konferenz bei Monroe in Vorbereitung, welcher u. A. auch Briefe von Davis an Lincoln und von Lincoln an Blair enthalten soll. Was man bisher mit einiger Gewißheit über die Verhandlungen in Erfahrung gebracht hat, läßt sich in Folgendem zusammenfassen: Bei seiner Ankunft in Fort Monroe lud Dr. Seward die Kommissäre des Südens zu einer Unterredung ein. Die Kommissäre aber setzten ihn von ihrem Wunsch in Kenntniß, nach Washington zu gehen und mit dem Präsidenten selber zu reden, gaben sich jedoch nachher zufrieden, als Hr. Lincoln eintraf,

und gingen an Bord eines nordstaatlichen Dampfers zur Zusammenkunft. Die Unterredung war durchaus eine freundschaftliche. Lincoln einerseits, Hunter andererseits führten hauptsächlich das Wort; Hr. Stephens nahm gelegentlich Theil. Die Kommissäre erklärten von vorn herein und wiederholten es immer von neuem im Lauf des Gesprächs, daß ihnen jede Vollmacht, irgend einen auf die Beendigung des Kriegs hinielenden Vorschlag zu machen oder zu berücksichtigen, fehle, wenn nicht die Anerkennung der Unabhängigkeit des Südbundes als unumstößliche Grundlage genommen werde. Hr. Lincoln stellte ihnen die Sachlage von allen Seiten her vor, erklärte sich bereit, die liberalsten und umfassendsten Zugeständnisse zu machen, und sprach seine Ueberzeugung aus, daß der Norden besonders in solchen Punkten nachgeben werde, wo der Stolz des Volkes der Südstaaten sich verunruhigt fühle. Die Kommissäre aber ließen sich nicht von ihrer Forderung abbringen. Sie stellten die Anerkennung des Südens zwar nicht als ein auf ihren eigenen Ueberzeugungen und Wünschen beruhendes Verlangen dar, sondern als eine Bedingung, welche ihre Regierung zu einer unumgänglichen Einleitung etwaiger Verhandlungen gemacht habe. Hr. Lincoln gab jedesmal die Erwiderung, daß von Anerkennung nun und nimmermehr die Rede sein könne. Die Vereinigten Staaten könnten dem Kriege Einhalt thun, sobald die nationale Autorität in dem ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten anerkannt werde. Auf diesen Punkt kam die Unterredung immer wieder zurück, und von keiner Seite wurde hier eines Haares Breite nachgegeben. Es ward klar, daß die Verhandlung ganz und gar fehlschlagen war. Bei der Trennung wurde die bestimmte Erklärung abgegeben, daß die Haltung und das Auftreten einer jeden der beiden Regierungen genau dieselben bleiben würden, als hätte die Zusammenkunft gar nicht stattgefunden.

Fernando Wood's Resolution, daß es des Präsidenten Pflicht sei, die Union aufrecht zu halten, ist im Hause der Repräsentanten angenommen worden.

Mit andern diplomatischen Aktenstücken ist in Washington eine Depesche Seward's an Hrn. Adams vom April des vorigen Jahres veröffentlicht worden. Der Staatssekretär schreibt dem nordamerikanischen Gesandten in London, die Rebellen hätten in beiden Häusern des britischen Parlaments, sowie in der englischen Presse, deren Einfluß auf die Leitung der Staatsangelegenheiten betannt sei, offenbar eine kühne und kräftige Partei. Die Vereinigten Staaten dagegen fänden in England nur solche Vertheidiger und Fürsprecher, welche, wie groß auch ihre Fähigkeiten und ihr sittlicher Gehalt anzuschlagen, von der Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten ausgeschlossen seien. Hr. Seward spricht von der Langmuth, der Nachsichtigkeit der Vereinigten Staaten gegen England, dessen Unterthanen seit dem Beginn des Bürgerkriegs sich so vielfältige Herausforderungen und Unbilden gegen Amerika erlaubt hätten, und erwähnt den Mangel an Nachgiebigkeit von Seiten Englands gegen Amerika. In Bezug auf eine Andeutung des Hrn. Adams, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Krieg bald siegreich zu Ende bringen, oder sich auf einen Konflikt mit England und dessen Allirten gefaßt halten müsse, bemerkt Hr. Seward, daß, wenn der Krieg nur kräftig fortgeführt werde, keine Stimme sich erheben werde mit dem Rathe, sich vor fremden Angriffen zu beugen. Die Wohlgefälligkeit, womit die europäischen Mächte auf den Sturz der merikanischen Republik hinstreben, schreibt Hr. Seward der Eifersucht auf die Vereinigten Staaten zu.

### Baden.

**Mannheim, 22. Febr.** (Mannh. Anz.) Heute früh 9 Uhr wurde mit den Arbeiten zum Rheinbrückenbau begonnen.

### Vermischte Nachrichten.

— **München, 19. Febr.** Diesen Abend gegen 10 Uhr ist der Herzog Karl Theodor mit seiner Neuvermählten, der Prinzessin von Sachsen, hier eingetroffen und im Staatsbahnhof von der gesamten herzoglich. Familie empfangen worden.

— **München, 19. Febr.** Der Herzog Karl Theodor in Bayern und Frau Gemahlin, Herzogin Sophie, sind heute Abend im besten Wohlsein hier eingetroffen.

— **Mainz, 20. Febr.** (Fr. Z.) Der Bischof von Mainz hat den zur Fastenzeit von ihm abgehenden Hirtenbrief ausschließlich der Cynclia gewidmet, welche sich nach seinem Ausdruck auf Irthümer bezieht, die nicht nur das Leben des einzelnen Menschen, sondern das ganze Völkerver- und Staatsleben betreffen und dem Menschengeflecht unermesslichen Schaden zufügen. Es besteht seit einigen Decennien eine Partei, welche einen Staat ohne Religion, ohne Gott, ohne Christenthum, ohne Kirche als das fortgeschrittenste Staatswesen anpreist. Diese Lehre ist eine neue Form für die alte Empörung gegen Gott. Der sog. moderne Staat ist der grundtätlich religions- und gottlose Staat. Bischof v. Kettler erweist sich besonders über die modernen Bestrebungen, die Schule von der Kirche zu trennen.

— **Bochum, 16. Febr.** Das L. Kreisgericht hat den der geschäftsmäßigen Verleitung preussischer Bergleute zum Auswandern, resp. Eintritt in die pennsylvanischen Bergwerke beschuldigten Peter Joseph Steffens aus Philadelphia, der „Westph. Ztg.“ zufolge, zu einem Monat Gefängniß verurtheilt.

— **Angeln, 10. Febr.** Den „Alton. Nachr.“ entnehmen wir Folgendes: Die Landwirtschaftsversammlung des Angler Vereines an der Schlei fand vor kurzem unter Beistellung von etwa 40 Mitgliedern desselben in Süderbrarup statt. Nach einer der langen Unterbrechungen dieser Versammlungen und den diese Unterbrechung veranlassenden wichtigen Beitergebnissen angemessenen Rede von Seiten des Präsidenten, des Landkommissärs Steindorff zu Grumby, ward vom Verein zunächst beschlossen, in einer Eingabe bei der obersten Zivilbehörde zu beantragen, daß das dänische Gesetz, welches eine Vereinigung der schleswighischen und holsteinischen Vereine noch verbietet, aufgehoben werden möge, und dann baldmöglichst auf eine organisierte Vereinigung aller landwirtschaftlichen Vereine von der Elbe bis an die Nordgrenze des Landes hinzuwirken. Ein Vortrag des als Hospitant anwesenden preussischen Landrats a. D. v. Lavergne-Begnitz aus Ostpreußen, der bereits seit vorigem Frühjahr in halboffiziösem Charakter die Herzogthümer be-

reitet, um sich über die hiesigen kommunalen, landwirtschaftlichen und statistischen Verhältnisse zu orientiren, sprach sich gegen die Bevormundung der landwirtschaftlichen Zustände eines Landes durch „Stadtpolitiker und Bureaucraten“ aus, wie es in Preußen leider noch gar zu sehr der Fall sei. Man strebe in diesen auch dort, sowohl von Seiten der Regierung, als auch eines Kerns einflussreicher und wohlwollender Männer dahin, in dem für den Staat so wichtigen Zweige der Landwirtschaft die Selbstverwaltung immer mehr eintreten zu lassen, und so müsse es auch bei uns werden, sowohl in unseren landwirtschaftlichen, als in unseren kommunalen Angelegenheiten, und es sei Aussicht vorhanden, daß die Regierung Schleswig-Holsteins allen billigen Wünschen und Forderungen in dieser Beziehung bereitwillig entgegen kommen werde. Hr. v. Lavergne erbat sich, zur bessern Orientirung in unseren Verhältnissen, die Beistellung verschiedener Männer des Vereines, und es ward ihm zu dem Ende ein durch Affirmation erwähltes Komitee zur Verfügung gestellt.

— **Danzig, 17. Febr.** (Pr. St.-Anz.) Sub-Marineingenieur Bauer ist heute hier eingetroffen, um mit den technischen Direktoren der königl. Werft wegen des Baues von unterseeischen Fahrzeugen zu konferiren.

— **Bern, 20. Febr.** (N. Fr. Z.) Zu den bis jetzt besprochenen Alpenbahn-Projekten des Gottardt, Lufmanier und Simplon rückt nunmehr noch die Grimfel in Linie. Der Gedanke, diesen Uebergang zu wählen, stammt von einem preussischen Hauptmann Michaels, der vor etwa 10 Jahren im Kanton Bern in Entschuldigungsachen gearbeitet hat; in neuester Zeit ist das Projekt namentlich von Ingenieur Schmid aus Württemberg aufgenommen und in einer ausführlichen Beleuchtung vertheidigt worden. Gestern fand hier eine öffentliche Besprechung über die Sache statt, unter zahlreicher Theilnahme von Vertretern des Berner Oberlandes und des Jura; der Letztere sieht im Grimfel-Projekt die Bedingung, seinen eigenen Bahnprojekten eine internationale Bedeutung zu geben.

— **Ravenna.** Die Stadtbehörde von Ravenna hat für das der verstorbenen Gattin Garibaldi's, Annita, zu errichtende Denkmal den Boden hergegeben und außerdem 2000 Fr. beigegeben.

† **Ute verblühene Schriftlesbar zu machen,** überstreicht man die verblühene Schriftstelle sanft mittelst eines Pinsels mit einer Auflösung von 1 Th. Oxalsäure in 50 Th. destill. Wasser, so daß die Stelle nur feucht erscheint. Nachdem sie dann trocken geworden, überfährt man sie in kühler Wäsche mit einer Lösung von 1 Th. Lannin in 25 Th. Wasser und 25 Th. Weingeist, jedoch mittelst eines andern Pinsels, und läßt wieder trocknen. Die Schriftzüge treten hierauf leserlich hervor.

△ **Karlsruhe, 21. Febr.** Der großh. Verwaltungs-Gerichtshof erledigte in der heutigen öffentlichen Sitzung vier Fälle, in welchen es sich um die Frage handelte, ob die gesetzlichen Voraussetzungen der Zulassung zum Antritt des angebornen Bürgerrechts und der bürgerlichen Annahme der Braut des Bewerbers vorhanden seien. In allen vier Fällen hatte die Gemeindebehörde und das Verwaltungsgericht erster Instanz diese Frage verneint. In zwei Fällen bestätigte der großh. Verwaltungs-Gerichtshof die untern Erkenntnisse, während er in den beiden andern abändernd erkannte. Der eine der ersten Fälle betraf einen Lumpensammler, bei dem das Gegenstück eines genügenden Nahrungszweiges durch eine Reihe von Umständen ungewiss gemacht nachgewiesen war und dessen Bewerbung nur dadurch erklärlich ist, daß derselbe im Fall seiner Zulassung seine Lage durch den reichen Bürgergenuß der Gemeinde wesentlich zu verbessern hoffen durfte. In günstigeren Verhältnissen befindet sich der zweite Bewerber, welcher in Folge einer Krankheit den linken Arm verloren hat und sich nun seit ein paar Jahren nicht ohne Erfolg damit durchzubringen sucht, daß er mit einer Drehorgel, in neuester Zeit sogar mit zwei Drehorgeln und zwei Gehilfen, die Jahrmärkte und Messen besucht. Der Gerichtshof nahm jedoch an, daß dieses Gewerbe, welches größtentheils von der Willkür des Publikums abhängt, nicht als ein den Unterhalt einer Familie sicherer Nahrungszweig gelten könne. Dagegen wurde das Vorhandensein eines solchen Nahrungszweiges im dritten Fall anerkannt, wo der Bewerber, ein Tagelöhner und Holzhauer, schon seit Jahren thätiglich den Beweis geliefert hat, daß er nicht nur sich selbst, sondern auch seine Braut und die mit ihr erzeugten Kinder, ungeachtet der Erschwerung durch die getrennte Haushaltung, zu ernähren im Stand war. Im vierten Fall war die Braut, welcher ein Vermögen von 1200 fl. bezeugt war, von der Gemeindebehörde und dem Bezirksrath zurückgewiesen worden, weil sie 3 uneheliche Kinder geboren hatte und darin ein offenkundig ausschweifender Lebenswandel im Sinn des § 21 des Bürgerrechtsgesetzes gefunden wurde. In Folge der Zurückweisung der Braut nahmen die untern Behörden auch an, daß der Bewerber selbst keinen genügenden Nahrungszweig habe, weil er gar kein Vermögen besitze und sein Gewerbe als Metzger einen wenn auch noch so mäßigen Betriebsfond erfordere, um mit dem zur Ernährung einer Familie notwendigen Erfolg betrieben werden zu können. Der Verwaltungs-Gerichtshof sprach jedoch aus, daß der Bewerber, dessen Arbeitsfähigkeit in keiner Weise beanstandet ist, auch ohne das Vermögen seiner Braut einen genügenden Nahrungszweig habe, daß aber auch die Zurückweisung der Letztern nicht gerechtfertigt sei; da die Geburt von unehelichen Kindern an sich bei sonst gutem Leumund nicht unter die Fälle des § 21 des Bürgerrechtsgesetzes gezählt werden könne.

### Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
21. Febr.	27° 12.30	+ 1.0	S.W.	stark bew.	trüb, Frost, Schneef.
Morgens 7 Uhr	28° 0.57	+ 2.0	N.W.	„	„ „ „ „ „ „
Mittags 2 „	28° 0.57	+ 2.0	„	„	„ „ „ „ „ „
Nachts 9 „	28° 0.93	+ 1.0	„	„	„ „ „ „ „ „

Beantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

### Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 23. Febr. 1. Quartal. 29. Abonnementstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Zu Hagen;** Schwant in 1 Akt, von Friedrich Krafel. Hierauf, zum ersten Male wiederholt: **Ein Feld der Reklame;** Schwant in 2 Akten, von Julius Rosen. Zum Beschluß: **Die Herzdame gewinnt;** Divertissement in 1 Akt, von Beauval.

Freitag 24. Febr. 1. Quartal. 30. Abonnementvorstellung. **Die beiden Schützen;** komische Oper in 2 Akten, von Vorhagen.

3.u.34. Freiburg.

Bekanntmachung.

Durch die Entlassung von Böglingen werden im groß. Wundenklinik mehrere Plätze eröffnet, welche mit bildungsfähigen Kindern, im Alter nicht unter 8 Jahren, wieder zu besetzen sind.

Verwaltungsrat des groß. Wundenklinikums. F. Haib.

3.u.100. Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn in Braunschweig: (Zu beziehen durch jede Buchhandlung.)

Lehrbuch

Ingenieur- und Maschinen-Mechanik.

Mit den nöthigen Hilfslehren aus der Analysis für den Unterricht an technischen Lehranstalten, sowie zum Gebrauch für Techniker bearbeitet von

Dr. phil. Julius Weisbach,

Königl. sächsischer Berg- und Hütten-Inspektor an der Königl. sächsischen Bergakademie zu Freiberg; Ritter des Königl. sächsischen Verdienstordens und des kaiserl. russ. St.-Annen-Ordens II. Klasse, korrespondirendes Mitglied der kaiserl. Akademie der Wissenschaften zu St. Petersburg u. s. w.

Zu drei Theilen.

Erster Theil: Theoretische Mechanik. Vierte Auflage (komplett in 11 Lieferungen). Preis 5 Thlr. 15 Sgr. Zweiter Theil: Statik der Bauwerke und Mechanik der Umtriebsmaschinen. Vierte Auflage. Erste und zweite Lieferung. Preis 1 Thlr. Dritter Theil: Die Mechanik der Flüssigkeiten und Arbeitsmaschinen, in 2 Abtheilungen. Preis 7 Thlr. 15 Sgr.

3.u.127. Karlsruhe.

Fürstl. Fürstenbergisches Anlehen.

Die per 1. März d. J. fälligen Coupons dieses Anlehens werden von heute ab an meiner Kasse eingelöst. Zugleich können die Talons zu kostenfreier Erhebung neuer Couponsbogen bei mir eingereicht werden.

Veit L. Homburger, Jähringerstraße Nr. 79.

Glasfabrik Offenburg.

Zufolge des § 7 der Statuten werden hiermit die Herren Aktionäre ersucht, von dem 8. März die vierte, von 10% oder 50 fl. per Aktie, entweder an den Direktor der Gesellschaft, oder bei nachstehenden Bankhäusern unter Vorlage der Interimscheine innerhalb 4 Wochen einzuzahlen:

bei den Herren M. Hohenemser in Frankfurt a. M., Bamberger & Co. in Mainz, Ed. Koelle in Karlsruhe, G. Müller & Konsl. in Baden-Baden, A. Sulzberger in Konstanz.

Offenburg, den 15. Februar 1865. Der Aufsichtsrath.

GUANO-DEPOT

Peruanischen Regierung in Hamburg.

Wir zeigen hierdurch an, dass unsere Guano-Preise unverändert sind, wie folgt: Mark Bo. 160. — pr. 2000 Pfund Brutto Hamb. Gewicht oder 20 Zoll-Centner, bei Abnahme von 60,000 Pfund und darüber, Mark Bo. 174. — pr. 2000 Pfund Brutto Hamb. Gewicht oder 20 Zoll-Centner, bei Abnahme von 2000 Pfund bis 60,000 Pfund, in Säcken, zahlbar pr. comptant, ohne Vergütung von Tara, Gutgewicht, Abschlag oder Decort.

Hamburg, Januar 1865. J. D. Mutzenbecher Söhne.

Ammoniakalisches Superphosphat

PERU-GUANO,

dessen Fabrikation uns von den Herren J. D. Mutzenbecher Söhne und Aug. Jos. Schön & Co., unter specieller Controlle derselben, gestattet ist, mit ca. 11 pCt. Stickstoff und 10 pCt. löslicher Phosphorsäure (alleseitig als das rationellste aller existirenden Düngemittel anerkannt) offeriren

HAMBURG, 1865.

Ohlendorf & Co.

3.u.33. Ettlingen. Anzeig. Der Unterzeichnete hat sich als prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer hier niedergelassen und wohnt vorerst im Gasthause zur Goldenen Krone. Ettlingen, den 18. Februar 1865. G. Gernert.

3.u.36. Karlsruhe. Handlungsbefreiung-Gesuch. In eine bedeutende Tuch- und Wollwaaren-Handlung (en gros & en detail) dabier, worin außer den verschiedenen kaufmännischen Kenntnissen auch die doppelte Buchhaltung gründlich gelehrt wird, kann ein mit guter Schulbildung versehen junger Mann ein adäquater Familie unter günstigen Bedingungen gegen Hierauf in die Lehre treten. Näheres bei der Expedition der Karlsruher Zeitung.

3.u.5. Baden. Stelle-Gesuch. Ein in Buchführung und Korrespondenz tüchtiger Commis, welcher seit ca. 5 Jahren im Bankgeschäft fundirt ist, sucht seine jetzige Stelle zu verändern. Frankfurt Offerten besorgt D. R. Marx Baden-Baden.

3.u.72. Ein im Post- und Telegraphen-Geschäft. Telegraphendienste gründlich erfahrender, jüngerer Gehilfe sucht unter annehmbaren Bedingungen zum alsobaldigen Eintritt eine Stelle. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

3.u.123. Fahr. Filzhutfabrik-Verkauf. Eingetretener Kränklichkeit wegen beabsichtige ich meine im besten Betriebe sich befindende, sich einer guten Kundenschaft erfreuende, vermöge der vorhandenen Räumlichkeiten leicht zu erweiternde Filzhutfabrik zu verkaufen, und lade etwaige Liebhaber ein, sich direkt an mich zu wenden. Fahr, im Februar 1865. F. Müller junior.

3.u.64. Eisenbahnstation Heidesheim. Alle Arten Klee- und Grassamen billigt bei J. F. Schäfer.

3.u.54. Stadt Durlach. Hausversteigerung. Das zweistöckige Wohnhaus mit Waschküche, Scheuer, Stallung, Hofraute und Gärten, nebst sonstiger Zugehörde in der Herrenstraße hier, neben dem Amtshaus und groß. Wundenklinik, Herr Baum, vorn Straße, hinten Stadtmauer - Eigentum der Privatmann Gottfried Solz'schen Erben wird theilungshalber und in Folge richterlichen Beschlusses am

Dienstag den 28. März d. J., Nachmittags 2 Uhr, im hiesigen Rathhause öffentlich versteigert und

giltig zugeschlagen, wenn der Schätzungspreis von 10,000 fl. oder darüber geboten wird.

Das Wohnhaus hat einen gewölbten Keller, im untern Stock 5, im obern 6 geräumige Zimmer, so dann doppelten Speicher, würde sich auch besonders zu jedem größern Geschäftsbetriebe eignen. Durlach, den 21. Februar 1865.

Der Vollstreckungsbeamte: Eufert, Notar. 3.u.69. Nr. 66. Friedrichsthal. (Holzversteigerung.) Aus groß. Hardtwalde werden versteigert, Freitag den 24. d. M., aus Abth. Hainersbach: 10 1/2 Kstfr. Buchenes, 6 1/2 Kstfr. fortenes Scheitholz, 20 Kstfr. Buchenes, 5 1/2 Kstfr. fortenes Prügelholz, 63 1/2 Kstfr. eigenes Stockholz und 1200 Stück Buchene Wellen; Samstag den 25. d. M., aus Abth. Hainersbach: 1050 Stück fortenes Hopfenstangen, 2400 Wellen, 8 Loos Schlagraum.

Die Zusammenkunft ist am 24. auf der Grabener Allee am Schöps-Claffortweg, am 25. auf der Friedrichsthaler Allee an der Stutensteier Querallee, jedesmal früh 9 Uhr. Friedrichsthal, den 19. Februar 1865. Groß. bad. Bezirksforst. von Merbart.

3.u.121. Nr. 1393. Konstanz. (Verlaung.) In Sachen des Gastwirths Ignaz Gebhart in Unterhomburg als Vormund seiner minderjährigen Kinder, nämlich Maria, Valthasar und Johann Gebhart, Klägers, gegen

Martin Rauch in Einbalde, Johann Rauch in Zbad, und Theresia Rauch, verheirathet mit Mattias Wet in Kistenhausen, und Raimund Rauch in Balfersweiler, sämtlich Oberamt Ravensburg, Beklagte, Mithilfe einer Aftersbeinlegung

bat Herr Anwalt Giesmar mit Klage vom 27. v. M. im Wesentlichen vorgebracht: Der am 18. März 1863 zu Hasenweiler, Königl. württemberg. Oberamt Ravensburg, verstorben Wittwer Valthasar Rauch von Unterhomburg, Amtsgerichts Weersburg, wo er auch seit seinem Aufenthalte zu Hasenweiler das Ortsbürgerrecht und die Hauptniederlassung, somit seinen gesetzlichen Wohnsitz beibehalten, habe am 17. August 1861 einen letzten Willen errichtet, in dem er als Erben zunächst seine gesetzlichen Erben, nämlich die Kläger als die ehelichen Kinder seiner am 10. Februar 1859 verstorbenen Tochter Maria Anna Rauch, Ehefrau des Gastwirths Ignaz Gebhart von Unterhomburg, eingelegt, und Johann unter Ziffer 3 weiter bestimmt habe:

Würde auch der letztlebende seiner 3 zu Erben eingelegten Enkel ohne Hinterlassung von Descendenten mit Tod abgehen, so solle sowohl die von mir (dem Testator) ihm direkt als auch von seinen beiden Geschwistern zugefallene, von mir herrührende Erbhaft auf die Kinder meines Bruders Johannes Rauch von Zbad, Gemeinde Hasenweiler, Martin, Raimund, Johannes und Theresia Rauch zu gleichen Theilen, und wenn solche nicht mehr leben würden, deren Descendenten, bei diesen übrigens nach Stämmen zufallen.

In dieser Bestimmung erblideten die Kläger eine nach L.R. S. 896 für sie als Erbennehmer unverbindliche Aftersbeinlegung, an deren Befolgung durch Klageerhebung sie jetzt schon ein rechtliches Interesse hätten,

weil die Beklagten als die eingelegten Afterserben auf Grund des Testaments auf den Nachlass des Valthasar Rauch Anspruch machten, welchem die württembergischen Behörden, indem sie sich zu den Theilungsverhandlungen als zuständig und das Testament nach württembergischen Gesetzen als durchaus gültig betrachteten, dadurch entgegen hätten, daß sie den in Württemberg befindlichen Theil des Nachlasses als fideicommiss behandelten.

Unter Vorlage einer Prozeßvollmacht und der Ermächtigung des groß. Amtsgerichts Weersburg für den Namens der minderjährigen Kläger als ihr gesetzlicher Vormund aufgetretenen Ignaz Gebhart wird gebeten, zu erkennen:

Die oben wörtlich angeführte Bestimmung, im Testament des Valthasar Rauch von Unterhomburg vom 17. August 1861 sei, als eine verbundene Aftersbeinlegung enthaltend, als für die Kläger unverbindlich zu erklären, und haben die Beklagten die Kosten zu tragen.

Zur Verhandlung über diese Klage wurde mit Beschluß vom 13. d. M., Nr. 1130, Tagfahrt auf Montag den 27. März d. J., Vormittags 8 1/2 Uhr, anberaumt, wozu die Beklagten, vertreten durch einen gemeinschaftlich zu bestellenden Anwalt, unter dem Androhen anberufen worden, daß im Falle ihres Ausbleibens die in der Klage behaupteten Thatsachen als zugestanden angenommen und die Beklagten mit ihren etwaigen Einreden ausgelassen würden.

An sämtliche Beklagte erging die Aufforderung, wenn sie den Klagenanspruch bestritten wollen, unverweilt einen Anwalt zu bestellen, und an die beklagte Ehefrau die Auflage, die Ermächtigung ihres Ehemannes oder des zuständigen Gerichts, im vor Gericht zu stehen, beizubringen, widrigenfalls die Klage nicht als legitimirt angesehen würde.

Dies wird den Beklagten, da die Zustellung der Klagebepfeilschriften und der ergangenen Ladungsverfügung an sie von der württembergischen Gerichtsbehörde verweigert worden ist, auf diesem Wege mit der Aufforderung eröffnet, einen am Orte des hiesigen Gerichts wohnenden Gewalthaber aufzustellen, widrigenfalls alle weitere Verfügungen und Erkenntnisse mit der gleichen Wirkung, wie wenn sie ihnen eröffnet wären, an der Gerichtstafel angeschlagen werden sollen.

Konstanz, den 20. Februar 1865. Groß. Kreis- und Hofgericht Konstanz. Zivilkammer. Bedertind. Waag.

3.u.46. Nr. 3828. Mosbach. (Zabnung.) Gestern Nachmittags wurde bei Dr. Heilmann im Redar die weibliche Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden, welches aller Wahrscheinlichkeit nach den Tod durch Getränke erlitten hat. Dasselbe hatte ein schmales, leinernes Bändchen lose um den Hals geschlungen, und mag seit etwa 9 bis 14 Tagen vorher im Wasser gewesen, jedoch erst seit kurzer Zeit in demselben geschwommen sein.

Wir fordern sämtliche Behörden zur Zabnung wegen des hier offenbar in Frage liegenden Verbrechens des Kindermordes auf. Mosbach, den 18. Februar 1865. Groß. bad. Amtsgericht. Rättinger.

3.u.50. Nr. 4446. Karlsruhe. (Aufforderung zur Abnahme.) Die Rekrutenaufhebung in den Landorten des Kontraktionsbezirks Karlsruhe pro 1865 betr. Unsere Aufforderung vom 2. v. M., Nr. 3127, wird bezüglich des Karl Friedrich Schnürer von Eggenstein, Loos-Nr. 106, zurückerufen.

Karlsruhe, den 20. Februar 1865. Groß. bad. Bezirksamt. Zäger Schmidt.

Table with columns: Staatspapiere, Anlehen-Loose, Eisenbahn-Aktien, Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten. Includes various financial data and interest rates.